

BACKBORD

Sommer 2023

JETZT WIRD'S HEISS

**DIE AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS
HABEN HAMBURG ERREICHT.**

**WARUM ES NICHT REICHT, DEN
KAPITALISMUS GRÜN ANZUPINSELN**

Jubiläum: 15 Jahre DIE LINKE in der Bürgerschaft

Seite 6

Das neue Wohngeld: Wer es kriegt, wie man es kriegt

Seite 8

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL

“

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

15 Jahre: einerseits eine lange Zeit. So viele Jahre ist es her, dass DIE LINKE erstmals ins Hamburger Rathaus einzog! Heute kann man sich eine Bürgerschaft ohne LINKE ja kaum noch vorstellen. 2008 hingegen war alles noch ganz neu. Unsere Abgeordneten haben damals echte Pionierarbeit geleistet. Davon profitieren wir, die damals noch nicht dabei waren, bis heute. Hut ab!

Andererseits können sich 15 Jahre aber auch ganz schön kurz anfühlen. Zum Beispiel angesichts der Herausforderungen der Klimakrise. Seit den 1970er-Jahren wissen wir eigentlich, dass die Ressourcen der Welt endlich sind und dem Kapitalismus natürliche Grenzen setzen. Dennoch haben Regierungen und Konzerne jahrzehntelang an der überdrehten Wachstums-Wirtschaft festgehalten – und tun es zum Teil bis heute.

In 15 Jahren, da haben wir das Jahr 2038. Bis dahin müssen wir die Fossil- und Verschwendungswirtschaft überwunden haben. Sonst wird der Klimawandel auch in Hamburg zu einer existenziellen Bedrohung.

Klimaschutz ist deshalb das Thema dieser "Backbord" und er wird das große Thema der LINKEN in den kommenden Jahren sein. Denn im sozial-ökologischen Umbau liegt auch eine Chance: Raus zu kommen aus Ungleichheit und Ungerechtigkeit, Schluss zu machen mit der Ausbeutung von Mensch und Natur. Klima und Gerechtigkeit zusammendenken, das ist die Aufgabe der LINKEN in den kommenden 15 Jahren. Es geht um nichts weniger als um alles.

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



ERDERWÄRMUNG

DAS KLIMA RETTEN, NICHT DEN KAPITALISMUS!

Die Erwärmung der Erde setzt sich praktisch ungebremst fort - mit unabsehbaren Folgen auch für unsere Stadt. Doch die Klimaschutz-Maßnahmen des Senats reichen hinten und vorne nicht aus. Wer die Katastrophe aufhalten will, muss grundsätzlich umsteuern

Wenn man es genau nimmt, ist es eigentlich schon zu spät. Auf 1,5 Grad soll die Erderwärmung begrenzt werden: So hat es die Pariser Weltklimakonferenz beschlossen. In Hamburg wurde dieses Ziel bereits gerissen. Laut „Klimareport“ des Deutschen Wetterdienstes ist es in unserer Stadt seit dem 19. Jahr-

sellschaftlichen Status. Laut „World Inequality Report 2022“ verursacht das reichste Zehntel der Weltbevölkerung – knapp 800 Millionen Menschen – fast die Hälfte aller Treibhausgase. Die ärmere Hälfte – gut vier Milliarden Menschen – dagegen nur zwölf Prozent.

Ursache dafür ist, dass der Klimaschutz in vielen Bereichen einen grundsätzlichen Konstruktionsfeh-



Fridays For Future: Auch in Hamburg demonstrieren regelmäßig Zehntausende für die Klimawende

hundert schon um 1,7 Grad wärmer geworden. Auch die Auswirkungen auf die Natur sind demnach deutlich messbar. Um etwa 40 Zentimeter ist der Wasserspiegel in der Elbmündung seit Beginn des Industriezeitalters gestiegen. Die Erderwärmung: In Norddeutschland ist sie längst angekommen.

Reiche schaden dem Klima am meisten

Und im Bewusstsein der meisten Menschen auch. 59 Prozent gaben in einer Umfrage an, der Klimawandel sei bereits heute in Hamburg für sie spürbar. Die meisten merken, dass sich etwas zum Unguten ändert. Dass es wichtig ist, etwas zu tun. Den Ausstoß von Klimagasen zu verringern. Energie zu sparen. Sich zu engagieren.

In manchen Bereichen der Gesellschaft geht es allerdings weiter, als wäre nichts geschehen. Mehr als 500-mal hoben allein im vergangenen Jahr Privatjets von Hamburg nach Sylt ab. 50 Minuten, die geschätzte 2,88 Tonnen Kohlendioxid freisetzen – pro Strecke! Klimaschädliches Verhalten, so zeigen es zahlreiche Untersuchungen, ist in erster Linie eine Sache des ge-

ler hat: Wer es sich leisten kann, kann sich meist ganz einfach entziehen. Private Pools, SUVs, Luxusyachten, Ski-Reisen und klimafeindliche Investments: Das alles ist nach wie vor in erster Linie eine Frage des Bankkontos, nicht der ökologischen Vernunft. Der Markt regelt? Ganz im Gegenteil!

Schon in den 1970er Jahren stellte der Club of Rome fest, dass man mit der kapitalistischen Wachstumswirtschaft nicht endlos weitermachen kann. Weil der Lebensraum Erde natürliche Grenzen hat. Warum dennoch grundsätzlich alles weitergeht, wie es ist? Weil einfach zu viele daran verdienen.

Die Politik muss umsteuern

„Mit grünem Kapitalismus werden wir die ökologischen Herausforderungen nicht meistern“, meint deshalb Stephan Jersch, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Er fordert ein entschiedenes Umsteuern der Politik. „Wir brauchen klare ordnungspolitische Maßnahmen, damit alle ihren Beitrag für eine ökologisch-soziale Wende leisten und man sich nicht mit genügend Geld wieder freikaufen kann.“



Besonders junge Leute haben eine klare Botschaft: Die Politik muss radikal umsteuern!

Problem: Dann müsste man sich auch mit den Reichen und mit den Konzernen anlegen. Doch da wagen sich die regierenden Parteien SPD und Grüne nur selten heran. Sie folgen in erster Linie dem Prinzip Freiwilligkeit und machen den Klimaschutz so zur Privatsache. Um ja niemanden zu verschrecken. Damit die Geschäfte möglichst ungestört weiterlaufen können.

Raus aus der Profitlogik

Um gleichzeitig nach außen hin besser dazustehen, rechnet sich der Senat derweil die Zahlen schön.

Beispiel Flughafen:

Internationale Flüge werden neuerdings aus der Klimabilanz der Stadt gestrichen. Sieht doch gleich viel besser aus!

Beispiel Müllverbrennungsanlage: Zukünftig werden deren Abgase zu 100 Prozent als klimaneutral eingestuft. Verbranntes Plastik aus dem Hausmüll = klimaneutral? Da muss man erst mal draufkommen!

„Wir müssen weg von der Vörherrschaft des Profits. Denn damit zerstören wir unsere Lebensgrundlage“, meint hingegen Stephan Jersch. Für ihn ist Klimaschutz auch eine Chance für die gesamte Gesellschaft. Für eine Wende weg von der Macht der Konzerne, hin zu genossenschaftlichem, dezentralem Wirtschaften. „Klima und Gerechtigkeit gehören zusammen“, sagt Jersch. „Es geht darum, die Ausbeutung zu stoppen – die des Menschen und die der Natur!“



Konsequentester Klimaschützer in der Bürgerschaft: Stephan Jersch (DIE LINKE)

Rot-grüne Klimasünden

Als könnte alles einfach weitergehen wie bisher, halten SPD und Grüne in Hamburg an unsinnigen und klimafeindlichen Großprojekten fest

Die Autobahn **A26-Ost** soll mitten durch Wilhelmsburg verlaufen. Ein Bauprojekt, das völlig aus der Zeit gefallen ist und massenhaft neuen Autoverkehr in die Stadt bringen wird. Trotz vieler Proteste halten SPD und Grüne unbeirrt an dem Projekt fest.



Eine neue U-Bahn-Linie? Das klingt erst mal gut: mehr öffentlicher Nahverkehr, weniger Autos! Nur ist der Bau des 24 Kilometer langen **U5-Tunnels** durch den hohen Energieaufwand und Betonverbrauch so klimaschädlich, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis er sich ökologisch rechnet. Besser: die Straßenbahn!



Neubauprojekte sind immer klimaschädlich, je wuchtiger, desto schlimmer. Trotzdem haben SPD und Grüne dem Vorhaben des Skandal-Unternehmers René Benko zugestimmt, an den Elbbrücken den **"Elbtower"**, das **dritthöchste Hochhaus Deutschlands**, zu bauen. Ein völlig falsches Zeichen!



„Hamburg wird Fahrradstadt“ heißt es im SPD/Grüne-Koalitionsvertrag. Doch Hamburg wird **immer mehr zur Autostadt**. Seit Beginn der rot-grünen Senats werden mehr Kilometer mit dem Auto zurückgelegt, die Zahl der privaten Pkw in Hamburg wird nicht kleiner. Kein Wunder, dass Hamburg auf Platz 1 der Stau-Statistik steht!



ERDERWÄRMUNG

WAS TUN GEGEN DIE KLIMAKATASTROPHE?

Mit einer Vielzahl von konkreten Maßnahmen will DIE LINKE Hamburg so schnell wie möglich CO₂-neutral machen. Dafür kämpfen ihre Abgeordneten in der Bürgerschaft. Ihr Herzensanliegen dabei: **Gerechtigkeit!** Menschen mit geringen und mittleren Einkommen dürfen nicht weiter belastet werden. Die Kosten müssen Reiche und Konzerne tragen, die von der Klimazerstörung profitiert haben. Eine Auswahl unserer Vorschläge:

RENOVIERUNG STATT NEUBAU



Häuserbauen ist klimaschädlich! Denn bei der Herstellung von Beton werden gigantische Mengen Kohlendioxid frei. DIE LINKE will, dass vor jedem Abriss geprüft wird, ob nicht auch eine **klimaschonende Sanierung** möglich wäre.

KLIMANOTSTAND ERKLÄREN

Konstanz, Wiesbaden, München und Dutzende weitere Städte haben den Klimanotstand ausgerufen, mit dem Ziel, **Klimaschutzmaßnahmen zu erleichtern**. Hamburg ist nicht dabei, denn ein entsprechender Antrag der LINKEN wurde in der Bürgerschaft abgelehnt, übrigens auch mit den Stimmen von SPD und Grünen.

SCHNELLER KLIMANEUTRAL

Die **Klimaziele der Stadt** müssen an die Anforderungen der Klimaentwicklung angepasst werden. Viel zu lange hinkte Hamburg mit seinen Klimazielen sogar hinter denen der Bundesregierung hinterher. Mit dem neuen Klimaschutzgesetz soll das zwar anders werden, aber nach wie vor bleibt Hamburg hinter dem, was notwendig ist, zurück. Würde der Senat seine Planung auf Basis des CO₂-Restbudgets vornehmen, würde klar: Hamburg hat seine Hausaufgaben nicht gemacht.

REEDEREI-MILLIARDEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ



Mit Steuer-Subventionen machen Hapag-Lloyd & Co. zurzeit unfassbare Gewinne. Davon profitieren hauptsächlich reiche Eigentümer:innen wie Klaus-Michael Kühne. Wir fordern, Reedereien angemessen zu besteuern und die **Einnahmen in den Klimaschutz** zu stecken.

ENERGIEVERSORGUNG IN ÖFFENTLICHE HAND

Der **Rückkauf der meisten Energienetze** durch die Stadt kann nur der erste Schritt gewesen sein. Denn Klimaschutz funktioniert nur, wenn wir uns frei machen vom Profitstreben der Atom- und Kohlekonzerne.

STRASSENBAHN STATT U-BAHN



Die Klimabilanz der neuen U-Bahn-Linie U5 ist verheerend (siehe Seite 3). Für das gleiche Geld könnte man ein **großes Straßenbahnnetz** aufbauen, von dem viel mehr Menschen etwas hätten, und das besser für das Klima ist. Die Linksfraktion hat dazu ein erstes Konzept vorgelegt.

ZWEITE SCHIENEN-ELBQUERUNG

Vier Tunnelröhren und zwei Brücken für die Autos, aber nur eine Elbquerung für den Schienennahverkehr. Das muss sich ändern! Neben einer neuen Anbindung nach Wilhelmsburg brauchen wir eine **weitere Schienenquerung** zwischen Altona und dem Süderelbbaum.

WINDENERGIE FÖRDERN



Der Stillstand beim **Ausbau der Windenergie** in Hamburg muss endlich beendet werden. Der Ersatz alter, technisch überholter Windenergieanlagen und die gesetzlich geforderte Ausweisung neuer Eignungsflächen müssen zügig erfolgen und dürfen nicht weiter behindert werden.

AUTOBAHNAUSBAU STOPPEN

Die beschleunigte Fertigstellung von 144 Autobahnprojekten hat die Ampel-Koalition in Berlin kürzlich beschlossen. Und auch in Hamburg wird gebaut, als lebten wir noch in den 1960er-Jahren. Wir fordern den **sofortigen Stopp** der überflüssigen und teuren A26-Ost!

SOLAR AUF ALLE DÄCHER



Elektrische und/oder thermische Solarenergie muss Standard auf allen Hamburger Hausdächern werden. Außerdem gehören Stecksolargeräte („Balkonkraftwerke“) gefördert! Dafür schlagen wir ein **„Investitionsprogramm Solar“** vor. Wer eigenen Solarstrom produziert, darf nicht durch zu niedrige Einspeisungsvergütungen bestraft werden. Das bremst die Energiewende.

KURZ VORGESTELLT

CANSU ÖZDEMİR

Sprecherin für Frauen, Inklusion und Justizpolitik



Fraktionsvorsitzende

» 31 Jahre alt » verheiratet » 1 Sohn
» seit 2011 in der Bürgerschaft

Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Schon im Kinderwagen demonstrierte ich mit meinen Eltern gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in Kurdistan. Noch heute bin ich diesbezüglich außerparlamentarisch aktiv. Als echte Osdorfer Börnerin habe ich mich intensiv mit der Armut und Isolation im Stadtteil auseinandergesetzt. Der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und Armut hat mich dazu bewegt, auch parlamentarisch aktiv zu werden.

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?

Eine inklusive Stadt für Alle! Ich kämpfe für eine Stadt, in der alle Menschen das demokratische Recht der Teilhabe in Anspruch nehmen können. Wer arm ist, wer eine Behinderung hat, wer eine Migrationsgeschichte hat, wird aus vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen. Das muss ein Ende haben und deshalb wollen wir eine umfangreiche Anti-Armutstrategie durchsetzen.

Was ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?

Die Ignoranz gegenüber der wachsenden Armut macht mich wütend. Für Leuchtturmprojekte werden mal schnell Millionen aus der Tasche geholt, aber für die Armutsbekämpfung und für die soziale Infrastruktur ist plötzlich kein Geld da.

📧 cansu.ozdemir@linksfraktion-hamburg.de
☎️ 040 386 385 83

NORBERT HACKBUSCH

Sprecher für Hafen, Kultur, Medien und Öffentliche Unternehmen



Dokumentationsjournalist

» 68 Jahre alt » verheiratet
» von 1993–1999 für die GAL, 1999–2001 für den Regenbogen in der Bürgerschaft, seit 2008 für DIE LINKE

Was hat Dich in die Politik gebracht? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

Die Ungerechtigkeiten dieser Welt und speziell der Vietnam-Krieg. Und die wunderschöne Erfahrung, als 14-Jähriger mit vielen Mitschüler:innen gegen das heftige Geschimpfe unseres Schulleiters trotzdem an einer Demonstration teilgenommen zu haben.

Was möchtest Du erreichen in der Bürgerschaft?

Gegen die Mächtigen und Gutvernetzten soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und kluge Entscheidungen zu erreichen – oder zumindest meine Stimme dafür zu erheben.

Was ärgert Dich am meisten an der Hamburger Politik?

Wie dick die zu bohrenden Bretter sind, wie kurz die Erinnerung ist und wie wenig sich viele Abgeordnete mit den großen Skandalen wie HSH-Nordbank oder der Privatisierung von Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden auseinandersetzen.

📧 norbert.hackbusch@linksfraktion-hamburg.de
☎️ 040 42831-2250

JUBILÄUM

15 JAHRE LINKS IM RATHAUS

Im Jahr 2008 zog DIE LINKE erstmals in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Heute ist die Linksfraktion, wie 15-Jährige sein sollten: rebellisch, neugierig, streitlustig. Und doch schon ziemlich lebensklug

Wofür die Linke steht? „Gerechtigkeit“, „gegen Rechts“, „höhere Löhne“, „besseres Miteinander“, „Recht auf Wohnen“. Als wir für einen kurzen Film kürzlich Leute auf Hamburgs Straßen befragt haben, mussten die meisten nicht lange überlegen. Genauso wenig wie die Presseleute, Sozialverbände, Initiativen und Rathausabgeordneten, die wir ebenfalls um ihre Meinung gebeten hatten. „Unbequem“, „fleißig“, „stark“, „engagiert“, „notwendig“, „aktiv“, hieß es da immer wieder. Selbst dann, wenn die Befragten eigentlich aus einem ganz anderen politischen Lager kamen (siehe rechte Spalte).

Keine Frage: Die linke Bürgerschaftsfraktion hat in der Stadt einen guten Ruf. Doch was heute selbstverständlich ist, war vor 15 Jahren noch gar nicht abzusehen. Nur knapp war es der gerade gegründeten Partei im Februar 2008 gelungen, erstmals in die Bürgerschaft einzuziehen.

Da war Barack Obama noch Präsident der USA und Huub Stevens Trainer beim HSV.

Im Hamburger Rathaus regierte Bürgermeister Ole von Beust als Chef einer Koalition aus CDU und Grünen. Die Stadt wurde damals buchstäblich verschuldet, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Pflegeheime, Unternehmen zum Teil zu Spottpreisen privatisiert. Die Elbphilharmonie steckte bereits mittendrin im Kosten-Desaster. Der Skandal um die HSH Nordbank brachte die städtischen Finanzen an den Rand des Abgrunds. Banken tricksten heimlich mit CumEx-Steuerschiebereien und richteten einen Millionenschaden an. Sozialer Wohnungsbau fand praktisch nicht statt. Die

zuvor von Schill entfesselte Polizei war völlig außer Rand und Band.

Dass vieles von dem, was damals schiefgelaufen ist, heute nicht mehr so einfach möglich ist, ist auch ein Verdienst der linken Abgeordneten. Mit ihrer Parlamentsarbeit haben sie Hamburgs Politik wieder ein gutes Stück transparenter gemacht. Drei Mal wurde DIE LINKE in den letzten 15 Jahren wieder in die Bürgerschaft gewählt, mit stark steigender Stimmenzahl, zuletzt 9,1 Prozent. In Hamburg ist und bleibt sie eine feste Kraft.

PS.: Den kleinen Film mit der Straßenumfrage gibt es auf der Homepage der Bürgerschaftsfraktion: www.linksfraktion-hamburg.de/15jahre



Die erste Fraktion 2008: Joachim Bischoff, Kersten Artus, Wolfgang Joithe, Christiane Schneider, Mehmet Yildiz, Dora Heyenn, Elisabeth Baum, Norbert Hackbusch (v.l.)



Mit zwölf Abgeordneten ist die Fraktion DIE LINKE im Jahr 2023 in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten: Olga Fritzsche, Heike Sudmann, Stephan Jersch, Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Carola Ensslen, Norbert Hackbusch, David Stoop, Stephanie Rose, Deniz Celik, Metin Kaya, Insa Tietjen (v.l.)



„Ich finde es klasse, wie ihr Euren Kampf gegen Armut direkt von der Straße, von den Demos rein ins Parlament tragt.“ **Katharina Fegebank (Grüne), Zweite Bürgermeisterin**

„Die nächsten 15 Jahre werden im Zeichen der sozial-ökologischen Transformation stehen. Und da braucht es auch die Linkspartei, damit wir auch die Ärmsten in diesem Land mitnehmen.“ **Tanja Chawla, Vorsitzende DGB Hamburg**

„Die Rolle der Linkspartei muss sein, der Anwalt der Kleinen Leute zu sein. Die brauchen einfach eine starke Stimme.“ **Ole von Beust, Hamburger Bürgermeister 2001-2010**

„Die Bürgerschaft ohne Linksfraktion? Dann würden ja hier nur noch Pfeffersäcke das Sagen haben. Das wäre wie Hamburg ohne St. Pauli – das geht gar nicht.“ **Jan van Aken (LINKE), Bundestagsabgeordneter 2009-2017**

„Der LINKEN geht es immer um soziale Gerechtigkeit. Dass Menschen, die am unteren Rand der Gesellschaft sind, in den Blick kommen. Dafür steht die LINKE, und das finden wir gut.“ **Klaus Wicher, Sozialverband Deutschland**

„Man braucht die LINKE, weil sie der Stachel im Fleisch der arrivierten Politik ist.“ **Malte Siegert, NABU Deutschland**

INTERVIEW

Langfassung des Interviews unter www.linksfraktion-hamburg.de/15jahre

„Es hat sich gelohnt“

Christiane Schneider, Kersten Artus und Joachim Bischoff gehörten 2008 zu den ersten Abgeordneten der Linksfraktion. Ein Gespräch über Revolution, Respekt und Realpolitik

Backbord: Als es damals losging: Hättet Ihr gedacht, dass es 15 Jahre später noch eine Linksfraktion gibt?

Artus: Auf jeden Fall. Wir waren gekommen, um zu bleiben!

Bischoff: Ich war da skeptischer. DIE LINKE war ja noch sehr jung. Wir hatten von Anfang an mit inneren Widersprüchen zu kämpfen.

Backbord: Von außen sah das aber ganz anders aus.

Schneider: Natürlich hat es manchmal geknirscht. Es gab aber auch den ernsthaften Willen, Probleme anzupacken. Ich hatte zum Beispiel die Innenpolitik, da habe ich mich wirklich drauf gestürzt.

Bischoff: Ich erinnere mich noch an deine erste Debatte. Da hat es gleich richtig gerumpelt. Das war ein völlig neuer Ton in der Bürgerschaft.

Schneider: Ich habe den ersten Shitstorm meines Lebens bekommen. Die SPD hat massenhaft den Saal verlassen und ich habe noch monatelang Zwischenrufe bekommen.

Backbord: Welches waren Eure wichtigsten Themen?

Bischoff: Die lagen auf der Straße. Die große Finanzkrise des Kapitalismus 2008 hatte auch in Hamburg Spuren hinterlassen, z.B. die Krise der Schifffahrt, HSH Nordbank. Aber auch die Kostenexplosion der Elbphilharmonie.

Damals regierte Ole von Beust von der CDU. Der liberale Politikstil ging mit rigoroser Privatisierung öffentlichen Eigentums und umfangreicher Korruption einher. Die Aufklärung und die Untersuchungsausschüsse erforderten großen Einsatz.

Artus: Wir waren an uns selbst anspruchsvoll und ehrgeizig. Wir waren ständig auf Versammlungen, ich bin zu fast jedem Streik gegangen. Zum Beispiel der Streik bei Neupack. Da haben wir eine Resolution initiiert, die SPD und Grüne mit unterstützt haben. Wir haben die Belegschaft zum Streik-Frühstück ins Rathaus eingeladen. Wir haben mit Rot-Grün-Rot eine Bundesratsinitiative initiiert, damit Zeitarbeitsfirmen nicht mehr zum Streikbrechen eingesetzt werden können. Oder unsere Forderung, den 8. März zum Feiertag zu machen. Darüber haben wir viele gleichstellungspolitische Themen gesetzt – SPD und Grüne konnten den Antrag nicht einfach wegstimmen.

Backbord: Wie haben euch die etablierten Parteien aufgenommen?

Artus: Wir mussten uns den Respekt erarbeiten. Das war nicht einfach, weil wir gegensätzliche Interessen und Programme hatten und auch Konkurrenz waren.

Bischoff: Ich habe die Situation als weitgehend intolerant, zum Teil ideologisch verblindet empfunden. Die herrschende Schicht in der Stadt, aber auch der Großteil der SPD folgte der neoliberalen Sparpolitik und war gegenüber kritischen Reformen feindselig eingestellt.

Schneider: Ich habe nach einiger Zeit festgestellt, dass das oft auch Theater ist. Mir

ist einmal passiert, dass ich einem Abgeordneten, so ein wilder Schreier, der ständig „geh doch nach Peking“ oder so was gerufen hat, nach irgendeiner Rede auf dem

Flur begegnet bin. Ich wollte mir gerade einen Kaffee holen und da hat er gesagt: „Frau Schneider, kann ich Sie einladen?“

Backbord: Ihr hattet ja alle eine außerparlamentarische Vorgeschichte. War die Bürgerschaft eine große Umstellung?

Artus: Für mich ja. Ich hatte keine Ahnung von der öffentlichen Verwaltung. Ich musste das erst mal alles lernen. Was ist Selbstbefassung? Was ist Evaluation? Wie man in einer Ausschusssitzung einen Antrag einbringt. Eine völlig neue Welt.

Backbord: Hat das auch Spaß gemacht?

Schneider: Ich weiß noch, dass ich jeden Sonntag freiwillig zur Arbeit gegangen bin. Ich konnte überhaupt nicht aufhören. Weil man auch gemerkt hat:

Wenn man gut vorbereitet ist, kann man den Senat wirklich in die Enge treiben.

Artus: Es war ein 24/7-Job und das hat auch Spaß gemacht. Aber es war auch eine Überforderung. Ich hatte schon bald einen Zusammenbruch, wurde krank.

Backbord: Wie seid Ihr damit klargekommen, dass Eure Anträge immer abgelehnt worden sind?

Schneider: Jeder gute Antrag hat was verändert. Es war gar nicht so selten, dass wir einen Antrag gemacht haben, der abgelehnt wurde. Und die SPD ein halbes Jahr später mit einem ähnlichen Antrag kam – und auf einmal ging es dann doch. Nach diesem Muster ist es immer wieder passiert.

Backbord: Hat Euch das Parlament verändert?

Artus: Ich habe neue politische Instrumente entdeckt. Ich habe die Stadt kennengelernt, wie sie tickt, bin von der Phraseologie runtergekommen. Mein Blick, was die Menschen wirklich drückt, wurde geschärft. Im Parlament muss man Argumente haben, sonst wird man nicht ernst genommen.

Schneider: Ich habe gelernt, dass wir eine Demokratie brauchen, in der es unterschiedliche Meinungen geben muss und die sich auch parteimäßig organisieren. Es gab Debatten, da habe ich richtig was gelernt.

Bischoff: Das ist mir ein bisschen viel Schönwetter. Es war ja zum Teil skrupellos, wie die mit Sozialistinnen umgegangen sind. Mir wurde unterstellt, durch Veröffentlichung von vertraulichen Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuss Geschäftsgeheimnisse verraten zu haben. Die CDU-Vertreter haben eine Hass-Kampagne entfacht.

Artus: Trotzdem hatte ich eigentlich zum ersten Mal in meinem Leben das Gefühl, für meine politische Arbeit eine Form von Anerkennung zu finden. Sie müssen dir zuhören, du hast Redezeit! Das war für mich eine neue Erfahrung, weil ich mich vorher in Minderheiten bewegt hatte, in denen wir uns immer weitgehend einig waren.

Backbord: Hättet Ihr gerne mal regiert?

Schneider: Es wurde mir ja unterstellt, ich würde gerne Innensenatorin werden, aber das stimmt nicht. Die grundsätzliche Ablehnung, in die Regierung zu gehen, fand ich trotzdem immer grundfalsch. Es ist doch Irrsinn anzunehmen, dass wir irgendwann mal mehr als 50 Prozent bekommen.

Artus: Wenn man von vornherein sagt, wir wollen nie regieren, gibt man auch ein Druckmittel auf, und das finde ich fatal.

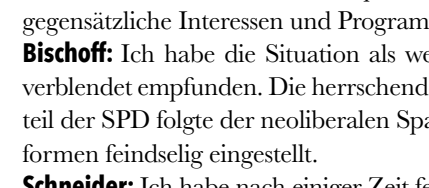
Bischoff: Ich bin grundsätzlich immer fürs Mitregieren, wir hatten die realistischen Ideen und Konzeptionen. Aber eine Regierungsbeteiligung bringt nicht im Selbstlauf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse.



Christiane Schneider: Expertin für Innenpolitik. Kam über die PDS zur LINKEN. 2008-2020 in der Bürgerschaft. Heute engagiert sie sich im Hamburger Bündnis gegen Rechts.



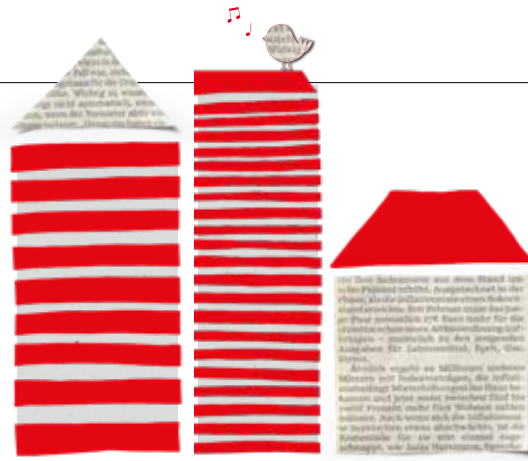
Kersten Artus: Expertin für Gesundheit und Gleichstellung. Kam über die WASG zur LINKEN. 2008-2015 in der Bürgerschaft. Heute ist sie Vorsitzende von Pro Familia in Hamburg.



Joachim Bischoff: Experte für Haushalt und Finanzen. Kam über die WASG zur LINKEN. 2008-2011 in der Bürgerschaft. Heute arbeitet er für den VSA-Verlag.



RAT UND HILFE



WAS KANN DAS NEUE WOHNUNGSGELD?

Die Kosten explodieren. Doch wenn das Einkommen nicht mehr zum Leben reicht, gibt es eine staatliche Hilfe, von der viele gar nichts wissen: das Wohngeld. Mit der Wohngeldreform 2023 hat sich die Anzahl der Berechtigten vervielfacht: Vorher waren es 600.000, jetzt können rund zwei Millionen Haushalte in Deutschland das neue Wohngeld Plus bekommen. Das Problem? Der Aufwand, um einen Antrag auf Wohngeld zu stellen, ist groß – und das schreckt viele Berechtigte ab.

Dabei kann es sich lohnen: Die Grundbeträge sind deutlich aufgestockt worden. Es gibt Zuschläge für Heizkosten und Kosten für energetische Sanierung. Der Wohngeldbetrag erhöht sich 2023 von durchschnittlich 180 Euro auf rund 370 Euro pro Monat

Bin ich berechtigt?


Wohngeld Plus gibt es zusätzlich zum Einkommen: Wer wenig verdient und nicht bereits Sozialleistungen wie Bürgergeld oder Sozialgeld bezieht, bei denen die Wohnkosten berücksichtigt werden, hat in vielen Fällen Anspruch darauf. Die Höhe des Wohngeldes ist vor allem abhängig vom Einkommen. Einen Anspruch auf Wohngeld haben nicht nur Mieter:innen, sondern auch Haushalte, die in ihrer eigenen Wohnung oder ihrem eigenen Haus leben.

Beispiel 1




Eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind: Sie verdient monatlich 2200 Euro brutto. Ihre Warmmiete kostet 780 Euro. Ihr Anspruch auf Wohngeld liegt bei **382 Euro** - Monat für Monat.

Beispiel 3



Eine Rentnerin, verwitwet, wohnt alleine in einer Mietwohnung und bekommt eine Rente in Höhe von 1250 Euro monatlich. Für ihre Warmmiete zahlt sie 580 Euro. Sie hat einen **Anspruch auf 270 Euro** Wohngeld - Monat für Monat.

Beispiel 2



Eine Familie mit zwei Kindern: Die Eltern verdienen zusammen 4800 Euro Brutto pro Monat. Die Warmmiete liegt bei 1100 Euro. Sie haben **Anspruch auf 170 Euro** Wohngeld - Monat für Monat.

Wie beantrage ich Wohngeld?

Einen Wohngeldantrag zu stellen, ist leider eine knifflige Angelegenheit. Wir empfehlen drei Schritte:

- Einen fristwährenden formlosen Antrag bei der Wohngeldstelle Hamburg stellen (Adresse: Freie und Hansestadt Hamburg, Billstraße 80, 20359 Hamburg oder per Mail an wohngeld@soziales.hamburg.de)
- Formulare ausfüllen (gibt's im Netz oder werden nach formlosem Antrag zugeschickt)
- Checkliste durchgehen, welche Formulare und Nachweise eingereicht werden müssen

Detaillierte Hilfe für den Wohngeldantrag gibt es hier: www.die-linke-hamburg.de/themen-kampagnen/wohnen/wohngeld/

Wohngeld Plus ist ein wichtiger Schritt, um die Menschen zu entlasten, die von der Inflation am härtesten getroffen sind. Allerdings sind die bürokratischen Hürden, um an Wohngeld zu kommen, viel zu hoch! In der Bürgerschaft setzen wir uns deshalb dafür ein, dass die Anträge vereinfacht werden und die Stadt Hilfe anbietet, um Wohngeldanträge auszufüllen. Bis dahin müssen Projekte wie die Wohngeldwebseite der Hamburger LINKEN die Lücke füllen.* Hamburg und der Bund versagen auf ganzer Linie dabei, den Mietenanstieg zu bremsen. Solange die Mieten weiter durch die Decke gehen, ermuntern wir besonders Menschen mit geringen Einkommen, von ihrem Recht auf Wohngeld Gebrauch zu machen.



Stephanie Rose, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion Hamburg



* www.die-linke-hamburg.de/themen-kampagnen/wohnen/wohngeld/

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg | Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 2-3, S. 5, S. 6, S. 8: Porträts Abgeordnete/Fraktion; S. 3: Fridays for Future-Demo, Elbtower) | DIE LINKE (S. 6-7: Filmstills und Interview) | Dieter Döge (S. 5: Visualisierung Stadtbahn) | Freepik (S. 8: Piktogramme) | Kevin Hackert/Flickr_CC BY-NC 2.0 (S. 3: Stau) | Hochbahn (S. 3: Visualisierung U5) | iStock (S. 4-5: Blatt, Windenergie; S. 6-7: Lorbeerkranz, Goldbanner, Plakette) | Lukas Klose/campact (S. 2: Fridays for Future-Demo) | NABU Hamburg (S. 3: Autobahnausbau) | pixabay (S. 1: Klimawandel, S. 4-5: Hausbau, Hafen Hamburg, Solarenergie) | Stock/Adobe (S. 1: Stadtsilhouette)

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft